

Was bleibt

Brandts Themen sind aktuell geblieben: 2013 steht die Welt vor der Aufgabe, für den riesigen Kontinent Asien Stabilität zu erreichen, derjenigen vergleichbar, die die beiden Supermächte am Ende des Ost-West-Konflikts für Europa geschaffen haben. Brandts zentraler Satz gilt noch immer: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Als er ihn formulierte, konnte die Welt noch nicht sicher sein, ob die Staatsmänner in Washington und Moskau weise, verantwortungsvoll und vernunftbegabt genug sein würden, sich nicht durch Emotionen über die Grenzen des bloß kalten Krieges drängen zu lassen.

Die Aufgabe in Asien ist ungleich schwieriger geworden. Zwar sind die beiden Großen die einzigen Staaten geblieben, die über die Zweitschlagfähigkeit ihrer interkontinentalen Atomraketen verfügen, doch können sie nicht mehr befehlen und allein entscheiden, was ihre Schutzbefohlenen, Freunde oder Verbündeten zu tun oder zu unterlassen haben. Auch wenn Chinas Atomwaffe noch weit unterhalb der Zweitschlagfähigkeit bleibt, ist die neue Großmacht doch schon stark genug, Weisungen aus Washington oder Moskau nicht folgen zu müssen. Das gilt auch für Indien und Pakistan sowie für die nicht nuklear gerüsteten Mächte Indonesien und Japan und sogar für Australien und Neuseeland.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass Barack Obamas Umstellung der amerikanischen Außen- und Sicher-

heitspolitik gegenüber Moskau von der Konfrontation zur Kooperation jetzt eine stärker globale Dimension erhält. Was damals, zu Beginn der siebziger Jahre, mit Erfolg praktiziert wurde, werden andere jetzt neu lernen: Nicht Demokratie und Menschenrechte, nicht einmal die Freiheit, sondern der Frieden muss global der oberste Wert bleiben. Auch für Partner, die nicht die politischen Strukturen westlicher Demokratien teilen, bleibt der Dialog das Mittel, um mit Vernunft Konflikte zu regeln und Interessen auszugleichen. Keines der großen globalen oder regionalen Probleme ist militärisch wirklich lösbar. Der Verzicht auf Gewaltanwendung ist aktuell geblieben, nicht nur als Stärke des Schwächeren, sondern auch als Basis für die Großen, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Idee lag nahe. Als Freund fragte ich Willys ältesten Sohn Peter, was er von einem Gesprächskreis hielt, der sich mit der Frage beschäftigt, was von den politischen Vorstellungen seines Vaters bleibt. Außerdem fragte ich Günter Grass, den kritischen Freund, der sich gerade wieder einmal in einer schwierigen Phase seines Verhältnisses zur SPD befand. Er erklärte sich sofort bereit, mitzumachen. So fand sich eine Gruppe zusammen, deren Mitglieder aus beiden Teilen des vereinten Landes kamen, intellektuell unabhängig, mit oder ohne parteipolitische Bindung, aber alle der Haltung Willy Brandts verbunden, links von der Mitte zu versuchen, die Kluft zwischen Macht und Geist etwas schmaler zu machen. Zu den Gründern des Willy-Brandt-Kreises zählten Günter Gaus und Christa Wolf, beide inzwischen verstorben, und unter anderen Christine Hohmann-Dennhardt, Jens Reich,

Klaus Staeck und Friedrich Schorlemmer, der seit geraumer Zeit unsere Zusammenkünfte leitet. Die Themen werden nicht knapp.

Willy schenkte mir zu meinem Geburtstag 1971 die Erinnerungen von Heinrich Brüning, in die er die Widmung schrieb: »So nicht!« Damals, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1930, hatte überzogenes »Nur-Sparen« die Gegner der Republik gestärkt, die Demokratie geschwächt und zu ihrem Ende beigetragen. Wenn zu viele Menschen in Not geraten und die Hoffnung verlieren, gerät die Demokratie in Gefahr. Das ist in Griechenland zu beobachten, verstärkt durch außenpolitischen Druck, der die Würde des Landes verletzt.

Das »So nicht!« heißt auf die Gegenwart übertragen: Die Gefahr für die Demokratie existiert, nicht nur auf europäischer Ebene. Die Menschen verstehen, dass Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen von den immer noch unentbehrlichen Nationalstaaten auf Europa übertragen werden. Aber der normale Bürger ist kein Experte, der den Zahlen- und Buchstabensalat der Finanzkonstruktionen, der Staatsfinanzierung oder der »Bankenrettung« entziffern kann. Er liest, sofern er sich dieser Mühe noch unterzieht, von den Auseinandersetzungen zwischen dem mächtigen EU-Rat, der EU-Kommission und einem europäischen Parlament, das um die vollen Rechte einer Volksvertretung kämpft. Kurz: Immer mehr Menschen spüren, dass aus der großen Idee Europa ein unüberschaubarer Kompetenzkampf von Verwaltungen geworden ist. Wenn sie sich abwenden, droht die Seele Europas verlorenzugehen.

Demokratie ist eine europäische Erfindung. Die politische Gewalt wird durch freie Wahlen von dem Souverän, dem Volk, an die Regierung delegiert, aber nicht an den Markt. Die Politik soll die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Das kann sie nur, wenn sie der Wirtschaft durch Gesetze Rahmen und Regeln setzt, in denen sie ihren auf Gewinn angelegten Interessen folgen kann. Anders gesagt: Die Demokratie muss über dem Markt stehen.

In der rauen Wirklichkeit entdeckte die Finanzwirtschaft vor der Jahrtausendwende die Möglichkeit, das Geld von der Produktion zu lösen. Die weltweite Gier nach dem virtuellen Geld schuf eine Blase. Als sie platzte, gab es zur Rettung der Banken nur die Staaten. Ihre Rettungspakete erreichten bis dahin unvorstellbare Summen, mit denen die Staaten sich und ihre Bürger verschuldeten. Das kann nicht endlos weitergehen. Wer oder was soll am Ende die Staaten retten?

Dem Motto Willy Brandts »Mehr Demokratie wagen« stellte Angela Merkel ihr »Mehr Freiheit wagen« entgegen. Diese Parole führte zu ihrer »marktkonformen Politik«. Die Märkte trieben die Staaten vor sich her oder degradierten sie durch Rating-Agenturen. Die Aufgabe heißt: den »politikkonformen Markt« zu schaffen. Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land in der Mitte Europas hat dafür eine besondere Verantwortung. Es sollte unsere europäischen Nachbarn für dieses Ziel gewinnen. Dort gibt es ein wachsendes Verständnis dafür, dass unser Kontinent seine Substanz verliert, wenn er die Demokratie verliert. Mit einer solchen Orientierung

hätte Europa noch immer genügend Gewicht in unserer multipolaren Welt. Denn kein Staat muss Demokratie nach westlichem Vorbild leben, um die Politik dem Markt überzuordnen. Ein globaler Konsens für diese Orientierung ist wahrscheinlich.

George Soros, geborener Ungar und amerikanischer Bürger, warnte nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems, dass auch der Kapitalismus zusammenbrechen werde, wenn er sich nicht als reformfähig erweise. Mit seinen Einsichten in die Mechanismen der Finanzwirtschaft verdiente er nochmals mehrere Milliarden Dollar: Es lebe der Kapitalismus, solange er lebt! Es sieht so aus, als hätte Soros recht, als hätten wir es tatsächlich mit einer Krise des Systems zu tun und nicht etwa nur mit einem Fehler im System. Es gibt demokratische Ansätze im Westen, den Kapitalismus zu reformieren. Unabhängig davon wird der größere Teil der Welt »seinen« Kapitalismus weiterentwickeln.

Eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts bleibt das Internet. Es hat schon begonnen, das Leben in unserer Welt stärker zu verändern als die Erfindung der Buchdruckerkunst. Es hat lange gebraucht, ehe die Mehrheit der Menschen lesen und schreiben lernte. Das Internet erleichtert das Leben, schafft aber auch neue kriminelle Gelegenheiten und, wie jeder technische Durchbruch in der Geschichte, neue militärische Anwendungsmöglichkeiten. Eine davon heißt Cyberwar, ist schon einige Male erprobt worden und wird streng geheim gehalten. Man weiß ja, welches Land welche neuen Fähigkeiten entwickelt. Alle Versuche, das Netz zu kon-

trollieren, sind bisher erfolglos geblieben, sei es in Amerika, in der NATO, in Deutschland, Russland oder China.

Alle Menschen, die durch die grenzenlose digitale Technologie verbunden sind, verfügen weltweit und gleichzeitig über denselben Informationsstand und können aktiv kommunizieren. Der arabische Frühling war ein Ergebnis dieser Vernetzung, ebenso – in unterschiedlicher nationaler Ausprägung – Aufbegehren und Unruhen sich mündig fühlender Bürger überall in der Welt, von Amerika bis China. Aber auch die Manipulierbarkeit der Nutzer und der Öffentlichkeit durch die Netzbetreiber ist gewachsen.

Die neue Technologie bringt neue Waffensysteme. Sie sind treffsicher mit globaler Reichweite und der strategischen Wirkung von Atomwaffen. Ein breites Arsenal von Drohnen »erlaubt« es, mittels grenzenloser Kommunikationstechnologie grenzenlos zu töten. Man kann sicher sein, dass diese Technik kein amerikanisches Monopol bleiben wird.

Die neuen Herausforderungen unseres Jahrhunderts sind nicht nur technologischer und militärischer Art, sie betreffen auch die Umwelt, worauf schon die Brandt-Kommission hingewiesen hatte. Weltweit nehmen die Wasservorräte bedrohlich ab, und falls die Klimaerwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts vier Grad erreichen sollte, könnten sich sämtliche Staaten gezwungen sehen, ihre Kräfte im Interesse des gemeinsamen Überlebens zu bündeln.

»Links und frei« hat Willy Brandt die Beschreibung

seines Weges zwischen 1930 und 1950 genannt – von Lübeck nach Berlin, vom linken Sozialisten zum Sozialdemokraten. Das Buch handelt vom Kampf für die Freiheit des Einzelnen und für eine Gesellschaft ohne Not und Hunger, und es erzählt von der Hoffnung auf eine gerechtere, friedliche Welt, die schon einmal durch reaktionäre Verblendung, geschichtslose Kurzsichtigkeit und gefährliches Wunschdenken enttäuscht worden ist. In der Folge sind weite Teile Europas verwüstet worden, mit Auswirkungen bis heute. »Ein nächstes Mal dürfte es unvergleichlich schlimmer werden. Es gibt nichts Wichtigeres als dies: einen dritten Weltkrieg verhindern zu helfen.« So lautet der Schluss des Vorworts, das Brandt im Frühjahr 1982 zu diesem Buch geschrieben hat. Auch dreißig Jahre später bleibt aktuell: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Aus:
Egon Bahr
„Das musst du erzählen“
Erinnerungen an Willy Brandt
2013